

GUTE ARBEIT INTERNATIONAL DURCH FAIRE ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG

In der globalisierten Wirtschaft kaufen europäische VerbraucherInnen täglich ein breites Spektrum an Gütern zu günstigen Preisen – allerdings hergestellt unter Bedingungen, die in ihren eigenen Ländern niemals zugelassen würden. Neben den Privathaushalten und den Unternehmen beschaffen auch die öffentlichen Einrichtungen Güter, Dienstleistungen und Bauleistungen. Das Land Bremen kauft für ca. 180 Mio. Euro pro Jahr ein. Ob Feuerwehruniformen, Computer, Spielzeug, Steine für Pflasterungen oder Kaffee, Tee und Blumen; es gibt viele Dinge, bei denen die Möglichkeit gibt, zu entscheiden, welches Produkt angeschafft wird. Hier setzt das verantwortungsvolle Beschaffungswesen an.

Was ist ein verantwortungsvolles Beschaffungswesen?

Es will soziale, ethische und ökologische Belange in die öffentlichen Kaufentscheidungen einbinden. Dadurch wird beim notwendigen Erwerb von Gütern, Dienstleistungen und Bauleistungen ein zusätzlicher Mehrwert erzielt.

Ökologisch beschaffen heißt auch, dass viele umweltfreundliche Einkäufe längerfristig kostensparend sind: durch längere Lebensdauer, einen geringeren Energieverbrauch und geringere Entsorgungskosten des Produkts.

Sozial und ethisch verantwortlich handeln heißt, sich Gedanken über die Auswirkungen des eigenen Handelns in anderen Teilen der Welt zu machen. Fair gehandelte Produkte achten auf die Arbeitsbedingungen der Menschen, die die Produkte herstellen, d. h. auf Lohn und Arbeitszeitfragen, Vereinigungsfreiheit und gewerkschaftliches Engagement, das Verbot von Kinderarbeit, aber auch auf hygienische und gesundheitliche Fragen. Natürlich ist die Kinderarbeit die schlimmste Form der Ausbeutung, aber auch sonst sind die Arbeitsverhältnisse z. B. von Blumen- oder Textilarbeiterinnen in manchen Ländern für uns nicht vorstellbar (Arbeitszeiten, Vergiftungen etc.).

Gerade als SozialdemokratInnen sollten wir uns für diese Ansprüche engagieren. Deshalb hat die SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft im Dezember 2007 einen Antrag eingebracht, der genau diese Forderungen an den Senat stellt. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit beschlossen, nun ist das Finanzressort federführend für die Umsetzung gefragt!

Damit würde sich Bremen endlich in eine Reihe von nationalen und internationalen Kommunen (Bonn, Hamburg, Barcelona, Wien etc.) einreihen, die sich schon länger dieser internationalen Verantwortung gestellt haben. Beschaffungsgewohnheiten zu überdenken ist ein glaubwürdiger Weg, globale Verantwortung zu übernehmen.

Was hat die Hansestadt Bremen davon, wenn sie eine verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung umsetzt?

1. Die Hansestadt Bremen steht in der Tradition von Weltoffenheit, Toleranz und Internationalität. Deshalb ist es notwendig, verantwortungsbewusst global zu denken und lokal zu handeln. Nicht nur soziale Mindeststandards sind bei uns notwendig, sondern auch eine internationale Solidarität mit ArbeitnehmerInnen, unabhängig von Geschlecht und Alter. Es sollte vor unseren Toren nicht Schluss sein mit unserer Verantwortung!
2. Die Hansestadt Bremen erfüllt damit internationale Gesetze. Sie hält die Kernarbeitszeitnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), ein. Vor allem die sozialen Standards der ILO



Nr. 29/105, 87, 98, 100, 111 und 138 und die ILO-Konvention 182 zur ausbeuterischen Kinderarbeit. Darüber hinaus soll der Senat sich für die Umsetzung der EU-Richtlinie (2004/17/EG (Art.38) und 2004/18/EG (Art. 26)) auf Bundesebene einsetzen. Dadurch würde auch bei öffentlichen Aufträgen, die über einem bestimmten Schwellenwert liegen, die nachhaltige Beschaffung eingeführt werden (Reform des Vergaberechts).

3. Die Hansestadt Bremen würde damit Innovationen fördern und Unternehmen, die in den „fairen Handel“ investieren.

Ulrike Hiller
MdB SPD

OSTERTOR BLATT®

SPD-ORTSVEREIN ALTSTADT · 1/08 BREMEN · JUNI 2008

LÄNGERES GEMEINSAMES LERNEN

Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper spricht zu Schulentwicklungsplanung

Der Schlüssel zum Erfolg heißt längeres gemeinsames Lernen. Dies ist die Kernaussage des Vortrags der Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper (SPD), die auf Einladung des SPD-Ortsvereins Altstadt im „La Cucina“ ihre bildungspolitischen Vorstellungen und die Arbeit des Parliamentsausschuss für Schulentwicklungsplanung erläuterte. Dieser war im Herbst von der Bürgerschaft eingerichtet worden, um die Koppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg abzubauen. Es soll etwas unternommen werden, damit Schulabschluss und Beruf- und soziale Chancen im späteren Leben nicht mehr so stark davon abhängen, aus welchem Elternhaus die Kinder kommen.

Auf der gut besuchten Veranstaltung führte die Senatorin zunächst den renommierten Bildungsforscher Baumert an, der den Grund für die relativ schlechten Bildungsergebnisse (Stichwort PISA) vor allem in der starken und in Europa einzigartigen Zergliederung des deutschen Bildungssystems sieht. In Bremen gibt es neben der bekannten 3-Gliedrigkeit einen hohen Anteil an Kindern in sog. Förderzentren und zusätzlich eine starke Entmischung in den einzelnen Stadtteilen. Während insbesondere die Gymnasien und einige Gesamtschulen Kinder ablehnen müssen, gibt es in benachteiligten Stadtteilen Schulen, die zu wenig Schüler haben. Das genaue Gegenteil, nämlich Heterogenität, also das Miteinander leistungsstarker und schwächerer Schüler, gilt heutzutage als wichtige

Voraussetzung für erfolgreichen Unterricht. Dies soll künftig bei Unterrichtsgestaltung und Fragen der Schulstruktur berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang erteilte die Senatorin dem von einigen Eltern vorgetragenen Wunsch nach mehr Privatschulen eine deutliche Absage. Bremen stehe bereits jetzt bei den zugelassenen Privatschulen bundesweit an der Spitze. Dies bedeutet zusätzliche Entmischung, da diese Kinder fast ausnahmslos aus sog. bildungsinteressierten Familien kommen und damit an den öffentlichen Schulen schlicht fehlen. Für weitere Privatschulen im Grundschulbereich besteht kein Bedarf, da die unterschiedlichen pädagogischen Ansätze bereits an öffentlichen Schulen erprobt oder umgesetzt werden.



KNEIPENGESPRÄCHE SOMMERFEST DES ORTSVEREINS

Noch neu und schon eine feste Einrichtung für die Bürgerinnen und Bürger im Ostertorviertel sind unsere Kneipengespräche. Wir laden Bremer Politikerinnen und Politiker zu aktuellen Themen ein! Eine gute Gelegenheit, in ungezwungener Atmosphäre mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Am 4. Juni kommt Ralf Nagel zu uns ins „La Cucina“ am Ulrichsplatz (ehemals Tietjens) und nimmt Stellung zur bremischen Wirtschaftspolitik. Kommen Sie dazu!



ORTSVEREIN ALTSTADT SPD

Ihre Ansprechpartner im Vorstand:

1. Vorsitzender: Thomas Uhlig
Tel: 70 41 47
2. Vorsitzender: Andreas Bovenschulte
Tel: 32 70 60

Die nächsten Veranstaltungen

- Mittwoch, 04.06.08, 20.00 h Kneipengespräch mit Ralf Nagel, Senator für Wirtschaft und Häfen im La Cucina (ehemals Tietjen), Ostertorsteinweg 27, (2. Stock)
- Im Anschluss: Mitgliederversammlung
- Mittwoch, 09.07.08, Exkursion mit Ruprecht Großmann in die Wümmewiesen, Tel. 337 96 17 oder ruprechtgrossmann@web.de
- Samstag, 30.08.08, Sommerfest am Paulskloster 28, ab 18.00 h

Impressum:
Hrsg. SPD-Ortsverein Altstadt
V.i.S.P.: Bärbel Kühn
c/o SPD-Ortsverein Altstadt
Beim Paulskloster 28, 28203 Bremen
Redaktion und Layout: Bärbel Kühn, Ananda Schaa

Wer aber gehofft hatte, die Senatorin werde die Abschaffung der Gymnasien und die sofortige Einführung der Einheitsschule für alle verkünden, wurde ebenfalls enttäuscht. Das Gymnasium sei (neben einigen Gesamtschulen) bei den Eltern sehr beliebt. Dies müsse man berücksichtigen. Ziel müsse vielmehr sein, die Gymnasien stärker zur Förderung aller Schüler zu verpflichten und alle anderen Schulen ebenfalls attraktiv zu gestalten.

Einen echten Weg zum Abitur müssten künftig alle Schulen aufzeigen, sei es in 12 oder in 13 Jahren. Wichtig sei aber, dass es zwischen den verschiedenen Schulen eine wirkliche Durchlässigkeit gebe, sie also die Kinder nicht frühzeitig trennten und dabei viele „abgehängt“ würden. Auch müssten die Schulen verpflichtet werden, alle Kinder bis zu einem ersten Abschluss zu führen, sich also stärker als bisher um ihre Schüler zu kümmern.

Reformen zur Verbesserung des Unterrichtserfolges und zur Förderung von schwächeren Schülern, insbesondere solcher mit Migrationshintergrund müssen schwerpunktmäßig am Anfang der Schulzeit ansetzen. So sind der Übergang vom Kindergarten in die Schule, eine Sprachförderpflicht im Vorschulalter, aber auch die Abschaffung der 6-jährigen Grundschule und der weitere Ausbau der Ganztagsbeschulung Themen, die diskutiert werden.

Der Ausschuss wird sich zunächst mit Vorschlägen zur Unterrichtsverbesserung und dann mit Fragen der Schulstruktur befassen und nach der Sommerpause erste konkrete Maßnahmen beraten, die dann in einer Schulgesetznovelle münden. Parallel wird in Gremien und den Stadtteilen beraten und die Ergebnisse und Anregungen werden in den Prozess eingebracht.

Sascha Aulepp

ARMUT IN BREMEN – DIE SOZIALE SPALTUNG DER STADT?

Zum sechsten Mal hat die Arbeitnehmerkammer in diesem Jahr einen Armutsbericht herausgegeben. Neben der allgemeinen Armutsentwicklung haben wir uns wie immer einen Schwerpunkt vorgenommen, dem der Bericht besondere Aufmerksamkeit zollt. Diesmal ist es die soziale Spaltung der Stadt, mit der sich die Autoren des Berichts auseinandersetzen. Fazit vorweg: Trotz aller Bemühungen, die sich in Programmen wie „Soziale Stadt“ oder „Wohnen in Nachbarschaften“ niederschlagen, hat sich die Segregation in Bremen, also das Auseinanderdriften der Stadt- und Ortsteile in arme und reiche, weiter verschärft. Nur ein Beispiel hierfür: Während in Borgfeld nur jedes 50. Kind in einer Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaft lebt, ist es etwa in Tenover, in Gröpelingen und in Kattenturm mehr als jedes zweite Kind, das unter diesen Bedingungen groß wird. Heißt das, man kann sich alle politische Mühe schenken, hier gegenzusteuern?

Keineswegs! Auch das eine der wichtigen Erkenntnisse des Armutsberichts:

Wer in materieller Armut lebt und dazu noch in einem benachteiligten Stadtteil, muss damit rechnen, dass er auch noch andere Nachteile erfährt, die mit den materiellen Gegebenheiten erstmal nichts zu tun haben. Die Tatsache ist so schlicht wie aufrüttelnd: Wer das „Glück“ hat, in einem der besser situierten Stadtteile aufzuwachsen, hat eine teils viermal größere Chance, auf eine weiterführende Schule zu gelangen, als ein Kind, das das „Pech“ hatte, in einem benachteiligten Quartier geboren zu werden.

Bei unserer Tour durch diverse Beiräte, in denen wir den Bericht vorgestellt haben, berichteten Jugendliche, dass sie in ihren Bewerbungen andere Adressen angeben, weil „die aus Lüssum eh aussortiert werden“. Umgekehrt berichtete ein Arbeitgeber aus Oberviehland, dass er Bewerber mit ausländischem Namen oder auch mit Adresse in Kattenturm gar nicht erst in die Auswahl einbezieht. „Das Wohnquartier“, so hält einer der Autoren des Berichts fest, „trägt zu einer Verfestigung der oftmals prekären sozialen Lage der Be-

wohner bei.“ Und genau das ist der Grund, warum Politik nicht nachlassen darf mit den Bemühungen, die ohnehin randständigen Stadtteile durch Quartiersmanagement, durch eine verbesserte Infrastruktur in Schulen und Betreuungseinrichtungen, durch arbeitsmarktpolitische Programme, zu stärken.

Und wie sieht es aus im Ostertor?

Das Ostertor ist nach Datenlage im großen und ganzen ein durchschnittlicher Stadtteil. 15 Prozent der Menschen sind (gemeldet) arbeitslos – im gesamten Stadtgebiet sind es 16 Prozent. Unterdurchschnittlich ist das Ostertor bei den Hartz-IV-Bezieher: hier sind es 13 Prozent, bremenweit knapp 18. Fast 25 Prozent der unter 15-Jährigen leben von Sozialgeld – 30 Prozent sind es im Durchschnitt der Stadt. Interessant im negativen Sinne ist die Zahl der armen Kinder von 0-3 Jahren: 29 Prozent, also fast ein Drittel der Kleinkinder, ist auch im Ostertor abhängig von staatlichen Leistungen. Über ganz Bremen gerechnet liegt die Quote hier bei fast 38 Prozent. Kinder, insbesondere Kleinkinder, sind nach wie vor ein „Armutsrisiko“ – man kann sich an fünf Fingern abzählen, dass dies auch mit den Betreuungsangeboten zu tun hat. Bezahlbare Krippenplätze sind nach wie vor rar, das ist auch in einem relativ gut situierten Ortsteil wie dem Ostertor spürbar. Die Möglichkeit, wieder in den Beruf einzusteigen, ist besonders für Alleinerziehende in den ersten drei Jahren verschwindend.

Insgesamt mögen die Zahlen fürs Ostertor – die Steintor-Zahlen sind übrigens ganz ähnlich, erst ab Peterswerder sind die Armutsquoten deutlich unterdurchschnittlich – ein bisschen verwundern. Es gibt hier immerhin einen „gefühlten Reichtum“, der sich am weit verbreiteten Hauseigentum, an teils hochpreisigem Warenangebot und anderen Indizien festmacht. Dass die Quoten dennoch deutlich etwa über denen Schwachhausens liegen, hat sicherlich mit der Unterschiedlichkeit der Lebensentwürfe in den Ortsteilen Stein- und Ostertor zu tun. Es gibt eine Menge Alleinerziehender, deren Risiko, in die Abhängigkeit von Hartz IV zu geraten, deutlich höher ist; es gibt aber auch nach wie vor Wohngemeinschaften, von denen

viele statistisch als einkommensarm gelten – und es gibt Straßenzüge, in denen das kleine Drei-Zimmer-Haus nicht sofort unter den Hartz-IV-Hammer kommt, der Zwangsumzug also nicht eingefordert wird. Auch Mietwohnungen, für die ein Berechtigungsschein notwendig ist (der sich häufig aus dem Transferleistungsbezug ergibt), findet man im Ostertor.

Insgesamt sind die Ortsteile in der Mitte der Stadt nicht die aufsehenerregendsten in Sachen Armut, diese finden sich eher an den Rändern der Stadt. Ein politischer Schwerpunkt „Soziale Stadt“, wie ihn sich die rot-grüne Regierungsfraktion gesetzt hat, wird ihr Augenmerk entsprechend in diese Gebiete lenken. Da werden auch Konkurrenzen nicht ausbleiben. So soll es bei der Neueinrichtung von Krippenplätzen jetzt zunächst um Stadtteile gehen, deren Bedarf bei weitem nicht gedeckt ist. Im Ostertor gibt es immerhin 45 Krippenplätze. Nicht genug, wie die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kleinkindern nahelegt, aber immerhin. Aus Sicht der Arbeitnehmerkammer ist es natürlich wünschenswert, hier für alle Stadtteile ein Stück voran zu kommen, zumal die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eins der wichtigen Themen der Kammer ist. Aber klar ist auch, dass ein Stadtteil wie Gröpelingen, in dem es Null Krippenplätze gibt, aber 62 Prozent der 0-3-Jährigen von Sozialgeld leben, von den Mitteln, die jetzt freigegeben werden, profitieren muss.

Elke Heyduck
Leitung Öffentlichkeitsarbeit der
Arbeitnehmerkammer Bremen

Sie finden den Armutsbericht auf der Website der Arbeitnehmerkammer: www.arbeitnehmerkammer.de/politik/soziales-und-stadtentwicklung/armutsbericht/

Der Beirat Mitte beschäftigt sich auf seiner nächsten Sitzung mit dem Armutsbericht.
Ort: St.-Michaelis-Gemeinde,
Doventorsteinweg 51
Zeit: Montag, 02.06.08, 19.00 h.

DEICHVERSTÄRKUNG UND NATURSCHUTZ

Die gegenwärtige Diskussion über die Folgen der Klimaentwicklung hat die von Experten (Latif, Schirmer, Schuchardt) schon früher vertretene Auffassung bestätigt, dass mit einem stärkeren Ansteigen des Meeresspiegels und vermehrten Sturmfluten gerechnet werden muss. Legt man die Erkenntnisse der Fachwissenschaftler zugrunde (s. z. B. auch den 4. Bericht des Klimarates der UNO), so müssen die Deiche in der Stadt Bremen in den nächsten zehn Jahren um durchschnittlich 1,25 m erhöht werden (s. dazu auch den Generalplan Küstenschutz Niedersachsen/Bremen).

Während vor allem die beiden bremischen Deichverbände mit langjährigen Erfahrungen im Bau und der Unterhaltung von Deichen, ihrer Technik und Logistik für eine fachgerechte Realisierung einstehen, ist die Finanzierung, die für den gesamten Zeitraum einen dreistelligen Millionenbetrag erfordern wird, noch weitgehend offen. Die Beteiligung des Bundes, die bisher 70 % der Gesamtkosten beträgt, ist in Frage gestellt. Die Politik ist daher aufgerufen, vorsorglich nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen. Die bremischen Grundstückseigentümer, die als Verbandszugehörige in den letzten Jahren mit einem moderaten Beitrag (beim Bremischen Deichverband am rechten Weserufer 0,07 % des jeweiligen Einheitswertes) die Kosten mitgetragen haben, können nicht unbegrenzt in Anspruch ge-

nommen werden. Diskutiert werden auch eine Anhebung der Grundsteuer und die einmalige Erhebung eines Öko-Beitrags.

Weitere Anforderungen ergeben sich aus dem Naturschutz. So ist nach der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie 2000/60 EG bis 2015 ein „guter Gewässerzustand“ in allen Gewässern und in Verbindung mit einem Ordnungsrahmen für die europäische Wasserwirtschaft herzustellen. Die enge Verknüpfung von Deichsicherheit und Naturschutz zeigt sich am Beispiel der Ausgleichsflächen. Ende 2007 hat der Landesgesetzgeber in dem relativ engen Bremer Raum Rückhalteflächen und Flächen für schadlosen Hochwasserabfluss sichergestellt.

Um sich mit der Situation vor Ort vertraut zu machen und eine eigene Stellungnahme zu den vielschichtigen Problemen vorzubereiten, wird der Ortsverein am Mittwoch, den 9.7.2008 eine Exkursion durchführen. Er wird zunächst das Naturschutzgebiet „Borgfelder Wümmewiesen“ besuchen und mit dem Leiter des Projektbüros Wümme Gunnar Oertel den Entwicklungsstand und die weiteren Planungen erörtern. Anschließend soll mit dem Geschäftsführer Wilfried Döscher beim Bremischen Deichverband am rechten Weserufer ein Gespräch über die Probleme der Unterhaltung, Verstärkung und Erhöhung der Deiche geführt werden.

Dr. Ruprecht Großmann

